Südschleswigscher Wählerverband

SSW

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Pressemitteilung
Kiel, 23.03.2009

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

Port Olpenitz: NABU muss gesamtgesellschaftliche Verantwortung wahrnehmen

Die Vorsitzende der SSW-Landtagsgruppe, Anke Spoorendonk, appelliert an den Naturschutzbund (NABU), sich konstruktiv an der Suche nach einer schnellen Lösung für das Projekt „Port Olpenitz zu beteiligen. „Der NABU hat durch das Urteil des Oberverwaltungsgerichts quasi ein Vetorecht für Alternativlösungen bekommen. Diese Machtposition darf er nicht für Maximalforderungen missbrauchen, denn wenn das Projekt daran scheitert, würde der NABU letztendlich selbst dem Anliegen des Naturschutzes schaden", warnt Anke Spoorendonk. Sie hatte heute Kappeln besucht, um sich bei Bürgermeister Roman Feodoria aus erster Hand über die aktuellen Probleme mit der Umsetzung des „Projekts Port Olpenitz" zu informieren.

„Das Projekt Port Olpenitz ist von unermesslicher Bedeutung für die gesamte Region und das ist den Menschen durchaus bewusst. Die Bürgerinnen und Bürger haben kein Verständnis dafür, dass ein so wichtiges Projekt am Naturschutz scheitern könnte. Von daher ist es im Eigeninteresse des NABU, die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Projekts zu berücksichtigen und sich konstruktiv an der Suche nach einer schnellen Alternativlösung zu beteiligen. Naturschutz kann nur funktionieren, wenn er mit den Menschen und nicht gegen die Menschen betrieben wird, die vor Ort davon betroffen

SSW IM LANDTAG

sind.

Ich habe volles Verständnis dafür, dass die Stadt Kappeln nicht den Forderungen des NABU nachkommen kann, auf ein Berufungsverfahren zum Schleswiger Urteil zu verzichten. Angesichts der Konsequenzen für die Region muss der Bürgermeister alle Möglichkeiten ausschöpfen, um das Projekt zu retten. Alles andere würde bedeuten, dass er seinen Job nicht ordentlich macht. Insofern muss der NABU von dieser Bedingung abrücken. Er hat jetzt eine maßgebliche Verantwortung dafür, dass eine Lösung gefunden wird, die einen Ausgleich der verschiedenen Interessen ermöglicht. Gelingt es nicht, dann haben alle verloren – auch der Naturschutz."